Norddeutsche Allgemeine Zeitung.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" erscheint wochentäglich Abends und am Sonntag Morgen. Der Bezugspreis ist für das Deutsche Reich vierteljährlich Mark 4.—, für das Ausland mit dem entsprechenden Postaufschlag. Bestellungen werden bei allen Postanstalten angenommen. Für Berlin bestellt man bei den Zeitungsspeditionen und bei der Geschäftsstelle der Zeitung.

Berlin SW. 48
Wilhelm-Straße Nr. 32.
Fernsprecher:
Redaktion: Amt Lützow 3394. • Expedition: Amt Lützow 3248.

Anzeigen nehmen die Geschäftsstelle der Zeitung und alle Anzeigengeschäfte zum Preise von 40 Pf. für die kleinspaltige Petitzeile und für Mark 1,50 für die viergespaltene Markeffamezeile entgegen. Zusendungen für den Anzeigenteil sind an die Geschäftsstelle, für den redaktionellen Teil an die Schriftleitung zu richten. Unbenutzte Einsendungen werden nicht aufbewahrt.

Nr. 33. [52. Jahrgang.] Sonnabend den 8. Februar 1913. [52. Jahrgang.] Nr. 33.

Berlin, den 7. Februar.

Politischer Tagesbericht.

Im Laufe der letzten Wochen sind mehrfach in der Presse anscheinend aus hiesigen Korrespondenzen stammende Aufsätze erschienen, welche teils besondere die Reichsschatzverwaltung berührende Fragen (Besitzsteuer, Stempelsteuer, Reichsgesetz, Veteranenbeihilfe u. a.) betrafen, teils allgemein sich mit den Finanzen des Reichs und den Finanzplänen der Reichsleitung für die nächste Zukunft beschäftigen. Um Mißverständnissen vorzubeugen, ist festzustellen, daß keiner dieser Aufsätze amtlichen Ursprungs ist.

Zur Balkankrisis.

Die Feindseligkeiten.

Sofia, 7. Februar. Amtlichen Nachrichten zufolge ist die fortdauernde Beschießung Adrianopels erfolgreich. Vor Tschataldscha sind bisher nur unbedeutende Vorpostengefechte vorgekommen, welche resultatlos verlaufen sind. — „Mir" meldet, daß der Kommandant von Skutari Essad Pascha getötet sei und sein Nachfolger seit gestern mit den Belagerern über die Uebergabe Skutaris verhandele, welche stündlich zu erwarten sei.

Konstantinopel, 6. Februar. Die Bulgaren haben sich auf die Linie von Tscherkesköj zurückgezogen.

Konstantinopel, 6. Februar. Man glaubt, daß der Rückzug der Bulgaren auf Tscherkesköj den Zweck hat, der durch die geplante Landung türkischer Truppen in Rodosto beabsichtigten Flankenumgehung zu entgehen. Die Landung, die angeblich von Enver Bei vorbereitet werden soll, würde durch die aus den Dardanellen herangezogenen Linienschiffe „Messudije" und „Asfar-i-Zenfet" gedeckt werden.

Konstantinopel, 6. Februar. Es heißt hier, daß die Bulgaren Rodosto nach Zerstörung der militärischen Gebäude verlassen haben.

Konstantinopel, 7. Februar. Wie amtlich aus Kalikratia gemeldet wird, haben die türkischen Truppen gestern die Station Baltscheskköj an der Bahnlinie nach Tschataldscha sowie die dem rechten Flügel der türkischen Armee gegenüber gelegenen Gehöfte besetzt. Die türkischen Erkundungsabteilungen sind mit dem Feinde in Fühlung.

Sofia, 6. Februar. Die Gesandten einiger Großmächte wurden heute bei dem Ministerpräsidenten Geschow wegen des Verlangens der Konsuln in Adrianopel vorstellig, daß eine neutrale Zone festgestellt werde oder daß ihnen und den fremden Kolonien die Ermächtigung gegeben werde, die Stadt zu verlassen. Der Ministerpräsident antwortete, daß es keine Präzedenzfälle dafür gebe, daß Konsuln oder anderen Personen gestattet werde, einen belagerten Platz zu verlassen, und daß auch ernste Gründe das bulgarische Generalquartier verhindterten, den Konsuln und den fremden Kolonien in Adrianopel den Auszug oder die Errichtung einer neutralen Zone zu gestatten. Denn niemand könne dafür bürgen, daß nicht versehentlich Granaten in diese Zone fielen, was für das Militär große Schwierigkeiten zur Folge haben würde.

Aus der Türkei.

Konstantinopel, 6. Februar. Die Regierung erhält fortgesetzt aus den Provinzen Telegramme, in denen der Patriotismus der Bevölkerung betont wird, die für die Zwecke des Krieges eine Summe in der Höhe der Steuereingänge eines Jahres anbietet.

In den Hauptmoscheen von Konstantinopel sind Tausende von Muselmanen versammelt. Die Geistlichen halten Ansprachen an die Gläubigen und verrichten Gebete für den Erfolg der ottomanischen Waffen.

Konstantinopel, 6. Februar. Der frühere Scheich ul Islam Dschemal Eddin Bei und der frühere Minister des Innern Reschid Pascha sind nach Aegypten abgereist.

Die türkische Finanzlage.

Konstantinopel, 6. Februar. Der Finanzminister veröffentlicht ein Communiqué, das folgendes besagt: Um den außerordentlichen Kriegsausgaben gerecht zu werden, wendet sich die Regierung an die Hilfe aller Ottomanen. Sie hat als wirksames Mittel die durch Kaiserliches Dekret sanktionierte Emission einer inneren Anleihe beschlossen. Zu diesem Behufe wird die Regierung unverzüglich Schatzscheine in Höhe von 5½ Millionen Pfund ausgeben, die durch eine 5% Immobiliarsteuer garantiert werden. Die Scheine werden im Werte von einem Pfund Sterling oder einem türkischen Pfund zu 10½% ausgegeben. Die Amortisation erfolgt in 5 Coupons mit Verfallfrage am 13. Dezember. Die Coupons, die an den türkischen Zahlstellen bar eingelöst werden, werden bei Steuerentrichtungen an Zahlungsstatt angenommen. Subskribenten erhalten, bevor die Scheine gedruckt sind, Empfangsscheine an den Staatskassen.

* * *

Wie die „Frankfurter Zeitung" aus Konstantinopel erfährt, wurden gestern in Paris die unterbrochenen Verhandlungen der verschiedenen türkischen Finanzsyndikate wieder aufgenommen. Sie werden eine Hilfsleistung für den türkischen Staatsschatz und die damit verbundene Rekonstruktion der türkischen Finanzen zum Gegenstande haben.

Die Balkanverbündeten.

Sofia, 6. Februar. Benizelos hatte heute vormittag mit dem Ministerpräsidenten Geschow eine einstündige Unterredung. Der König wird den griechischen Ministerpräsidenten um 4 Uhr Nachmittags empfangen. Geschow gab zu Ehren des Benizelos ein Dejeuner, an dem auch der griechische und der serbische Gesandte und die bulgarischen Minister teilnahmen. Benizelos reist Abends nach Saloniki ab.

Sofia, 6. Februar. Dr. Danew ist hierher zurückgekehrt. Er wurde Vormittags vom König in Audienz empfangen und wohnte am Nachmittag der Sitzung des Ministerrats bei, in der er über die von ihm in London behandelten Fragen berichtete.

* * *

Belgrad, 6. Februar. Das Preßbureau ist ermächtigt, die auswärtigen Zeitungsmeldungen über eine Schließung der rumänischen Schulen in den besetzten Gebieten auf das entschiedenste in Abrede zu stellen. Uebrigens seien alle Schulen Serbiens geschlossen, weil das Personal seit Beginn des Krieges unter die Fahnen berufen ist und die großen Schulen in Hospitäler umgewandelt sind.

Die Mächte.

London, 6. Februar. Die Botschafterkonferenz hielt heute eine außergewöhnlich lange Sitzung von zweieinhalb Stunden Dauer ab.

London, 6. Februar. Wie das Reutersche Bureau erfährt, haben die montenegrinischen Delegierten heute vormittag im Auswärtigen Amt einen Besuch abgestattet, um sich von Sir Edward Grey zu verabschieden. Grey sprach die Hoffnung aus, daß der Frieden bald in London abgeschlossen werden würde.

* * *

Haag, 6. Februar. Infolge der Wiederaufnahme des Krieges auf dem Balkan wird der niederländische Kreuzer „Kortenaer" in Smyrna bleiben.

Rundschau im Auslande.

Die chinesische Anleihe.

Zu der Frage der chinesischen Sechsmächteanleihe wird offiziös aus Paris gemeldet, daß wegen der Ernennung der drei ausländischen Beiräte baldigst eine Verständigung erzielt werden würde. Die Beiräte dürften voraussichtlich jenen Mächten angehören, die als die größten Gläubiger angesehen werden. Eine der Beiratsstellen dürfte Frankreich und Rußland gemeinsam zuerkannt werden.

Im englischen Unterhause richtete gestern der Nationalist Gimell an Staatssekretär Grey die Anfrage, ob der von den Sechsmächtegruppe China aufgenötigte Anleihevertrag die Ernennung der von den einzelnen Beteiligten für die wichtigen Stellen der Ueberwachung der Steuer-, Rechnungs-, Anleihe- und Eisenbahndepartements Chinas vorgesehenen Personen umfasse, und ob der Minister die vorläufige Ernennung des Deutschen Rump zum Chef der neuen chinesischen Rechnungskammer gebilligt habe. Gimell machte darauf gegen Rump gewisse Einwendungen. Grey erwiderte:

Es versteht sich von selbst, daß die Ernennungen für die chinesischen Departements bei der Reorganisation der Anleihe nur nach Besprechung mit den Vertretern der interessierten Mächte geschehen können. Meine Antwort auf die letzte Frage ist negativ. Mir ist nichts darüber bekannt, daß Rump für den Posten nicht befähigt ist. Soweit die britische Regierung unterrichtet ist, sind die Ernennungen bis jetzt noch nicht vollzogen.

Wie weiter das Reutersche Bureau erfährt, hat der chinesische Gesandte in London ein Telegramm aus Peking erhalten, demzufolge Hitch für die Anleiheverhandlungen neue Instruktionen und die Ankunft Chang Tung Yoans abwartet. Chang Tung Yoan, der Vizepräsident des Finanzrats, ist zum Finanzvertreter Chinas in England ernannt worden und wird mindestens so lange dort bleiben, bis China die augenblicklichen finanziellen Schwierigkeiten überwunden hat. Wegen der dringenden Notwendigkeit, die schwebenden Schulden vor dem chinesischen Neujahr, das auf den heutigen Tag fällt, zu begleichen, erhielt die chinesische Regierung einen Vorschuß von 750 000 Sfrr. Diese Summe stellt die letzte Rate der chinesischen Fünfmillionenanleihe dar, die erst später fällig wäre.

Dazu wird ferner noch gemeldet:

Schanghai, 6. Februar. (Deutsche Kabelgramm-Gesellschaft.) Nachdem die Verhandlungen über die Sechsmächteanleihe unterbrochen worden sind, droht die chinesische Presse an, daß weitere Zahlungen von Entschädigungen aus dem Boxeraufstand unterbleiben sollen. Die Zeitungen weisen insbesondere auf die unverhältnismäßig hohen Ansprüche Rußlands hin. Die allgemeine Auffassung geht dahin, daß Frankreich das Zustandekommen der Anleihe Rußland zuliebe hintertrieben habe. Die chinesische Presse erkennt die ehrlichen Bemühungen Deutschlands und Englands an. Die amerikanische und die englische Presse treten auf das wärmste für den Deutschen Rump ein und schieben Frankreich alle Verantwortung zu. Die französische Presse erklärt, daß die Hundertmillionenanleihe ohne Paris unmöglich sei. Deutschland, England, Rußland, Japan und Amerika hätten kein Geld, und deshalb sei Frankreich berechtigt, die Verwendung der Anleihe zu überwachen.

Zwischenfall in der belgischen Kammer.

Brüssel, 6. Februar. In der heutigen Kammersitzung kam es gelegentlich der Beratung über die Verfassungsrevision zu einem Zwischenfall. Der katholische Abgeordnete aus Flandern Gielen rief einem anderen Redner seiner Fraktion, der von dem französischen Wahlsystem sprach, zu: Frankreich ist eine morsche Republik! (république pourrie). Der Präsident der Kammer und der Ministerpräsident protestierten gegen diese Ausdrucksweise, nachdem sie aus der Mitte des Hauses interpelliert worden waren. Der Kammerpräsident erhob sich und rief: „Vive la France!" In diesen Ruf stimmte die Kammer ein. Der Abgeordnete Gielen schränkte nachher seinen Ausruf dahin ein, daß er ihn in bezug auf das französische Wahlrecht gebraucht haben wolle.

Die Franzosen in Marokko.

Paris, 7. Februar. Die französische Gesandtschaft in Tanger ist aufgehoben und durch eine Agentur und ein Generalkonsulat ersetzt worden.

Zum Leiter der neu errichteten Agentur wurde der Botschaftssekretär Chevalier de Valdrome ernannt.

* * *

Paris, 6. Februar. Nach einem Funkentelegramm aus Rabat hat sich der Kaid Geduli, einer der eifrigsten Anhänger El Hibas, dem General Esperey in Dar el Kabi bedingungslos ergeben. Der Kaid Anfuss hat sich in die Gegend von Tarudant geflüchtet.

Kleinere politische Nachrichten.

Nach einer Meldung aus Paris wurde vor dem Hafen von Brest, wo die Unterseebootstätigkeit täglich Uebungen abhält, in geringer Tiefe unter dem Meeresspiegel ein Riff von 150 m Breite entdeckt. Der Seepräfekt ordnete an, die Lage und die Größenverhältnisse dieses gefährlichen Riffs genau festzustellen. — Weiter wird aus Paris berichtet: Um dem Mangel an Maschineningenieuren abzuhelfen, hat die Vereinigung der Reeder Frankreichs die Minister des Handels und der Marine ersucht, den Maschinisten dieselben Vergünstigungen für die Ableistung des Militärdienstes zu gewähren wie den Kapitänen der Handelsschiffe, die nur ein Jahr unter besonders vorteilhaften Bedingungen zu dienen haben.

Ausländische Preßstimmen zu den Reden des Kaisers.

Paris, 6. Februar. Ueber die Königsberger Ansprachen des Kaisers schreibt der „Temps" u. a.:

Die Reden des Kaisers Wilhelm II. haben einen besonderen Charakter, es kommt in ihnen immer eine Persönlichkeit zum Ausdruck, deren Kraft durch die Jahre nicht abgeschwächt wurde. Er steht immer im unmittelbaren Zusammenhang mit den Dingen, und die Gedanken, welche ein offizielles Fest in ihm wachrufen, sind stets von einem eigenartigen Zug beseelt. Es war natürlich, daß der Kaiser, da er in der Hauptstadt Ostpreußens sprach, an die große Rolle erinnerte, welche diese in der Befreiung Preußens gespielt hat. Das war in der Tat ein großer Augenblick in der preußischen Geschichte, als sich der nationale Widerstand gegen die brutale Politik Napoleons erhob. Frankreich hat die Fehler Napoleons teuer bezahlt. Aber es kann einem Volk, welches sich aus der Niederlage emporgerafft und seinen Willen zur Wiedergeburt bekräftigt hat, seine Bewunderung nicht versagen. Die Schlußfolgerung, die Kaiser Wilhelm aus den von ihm wachgerufenen Ereignissen gezogen hat, dürften sich alle Völker vor Augen halten. Niemals war das Wort, daß der militärische Erfolg allein nicht genüge, und daß alles von der moralischen Kraft abhänge, wahrer als in unserer Zeit. In diesem Sinne hat Kaiser Wilhelm sein Volk aufgefordert, mit frohem Herzen die Lasten eines neuen Militärgesetzes zu tragen. Bekräftigen wir die Worte, sie enthalten eine Lehre, für deren Verständnis Frankreich glücklicherweise seit einigen Monaten empfänglich ist. Kaiser Wilhelm hat nicht bloß für seine Untertanen gesprochen, er verdient auch jenseits der Grenze gehört zu werden.

London, 7. Februar. Der „Daily Telegraph" knüpft in einem Leitartikel an die Königsberger Rede des Kaisers über York von Wartenburg an.

Wie in England, schreibt das Blatt, teilen die Begeisterung des Kaisers für die großen Männer der Nation. Und fehlt es keineswegs an Sympathie für alle die gebiegenen und großartigen Charakterei genschaften, die das Deutsche Reich haben gründen helfen. Man muß das von Zeit zu Zeit wiederholen, da bei der täglichen Handelskonkurrenz die unvermeidlichen Gegensätze deutlicher hervortreten als die wirklichen wenn auch latenten Sympathien, die die Angelsachsen mit den Deutschen verbinden. Glücklicherweise haben die Beziehungen zwischen Berlin und London heute eine befriedigendere Grundlage als zu irgend einer Zeit in den letzten 10 bis 12 Jahren. Das Blatt erinnert an die neuliche Rede des Fürsten Lichnowsky und bemerkt, die Triplicen arbeite kräftig Seite an Seite mit dem Dreibund zusammen, während Deutschland und England sich freundschaftlich ihrer Aufgabe widmeten, in der Sache des europäischen Friedens die Vermittler zu bilden.

Hof- und Personalnachrichten.

* Seine Majestät der Kaiser traf gestern nachmittag Punkt 4 Uhr, von Königsberg kommend, im Sonderzuge auf dem Hauptbahnhof in Posen ein. Er trug die Uniform der Königsjäger. Auf dem Bahnhofe waren anwesend der Eisenbahnpräsident Schulze-Nickel und der Polizeipräsident von dem Knesebeck. Der Kaiser fuhr sofort im bereitstehenden Automobil nach dem Schloß und besichtigte eingehend unter Führung des Professors Oetken-Berlin, des Schöpfers der Elisabethkemenate auf der Wartburg, die von ihm hergestellte wunderbare Mosaikausschmückung der Kapelle. Den Tee nahm der Kaiser im Remter des Schlosses im kleinen Kreise ein. Zugegen waren u. a. Oberpräsident D. Dr. Schwartzkopff, der kommandierende General von Stranz sowie Schloßhauptmann Graf Hutten-Czapski. Nach dem Tee fuhr der Kaiser, vom Publikum lebhaft begrüßt, nach dem Hauptbahnhof, wo Allerhöchstderselbe im Kaiserpavillon von den vorhin befohlenen Herren, Major von Rosenberg-Lipinsky und Schloßhauptmann Graf Hutten-Czapski, erwartet wurde. Um 6 Uhr 15 Min. fuhr der Kaiser nach Berlin ab und traf um 10 Uhr 13 Minuten Nachts auf dem Bahnhof Friedrichstraße ein.

Heute mittag speiste Seine Majestät der Kaiser bei dem General à la suite und Frau von Chelius, die heute das Fest ihrer silbernen Hochzeit begehen.

* Seine Königliche Hoheit Prinz Eitel-Friedrich von Preußen, der gestern nachmittag 2 Uhr 20 Minuten von Budapest abgereist war, ist heute morgen 7 Uhr 45 Minuten auf Bahnhof Friedrichstraße eingetroffen und hat sich nach Schloß Bellevue begeben.

* Die Großherzogin von Mecklenburg-Strelitz ist gestern vormittag 11 Uhr 10 Minuten, von Neustrelitz kommend, auf dem hiesigen Stettiner Bahnhof eingetroffen und Nachmittags 1 Uhr vom Potsdamer Bahnhof nach Sondershausen weitergereist.

* Der Herzog-Regent von Braunschweig und die Herzogin sind heute vormittag 11 Uhr 54 Minuten von Braunschweig in Berlin auf dem Bahnhof Friedrichstraße zur Feier der silbernen Hochzeit des General-majors von Chelius, Generals à la suite Seiner Majestät des Kaisers, eingetroffen. Die Herzogin Marie zu Mecklenburg-Strelitz hat heute die Residenz Braunschweig nach mehrtägigem Aufenthalt wieder verlassen.

* Die Herzogin von Anhalt ist gestern vormittag 11 Uhr 28 Minuten, von Dessau kommend, auf dem hiesigen Anhalter Bahnhof eingetroffen und um 3 Uhr 45 Minuten Nachmittags wieder abgereist.

* Fürst und Fürstin zu Schwarzburg sind, von Sondershausen kommend, vorgestern hier eingetroffen. — Die Fürstin zu Schwarzburg ist gestern nachmittag 1 Uhr 20 Minuten vom hiesigen Anhalter Bahnhof nach Dresden abgefahren.

* Prinzessin Adelheid zu Schleswig-Holstein-Sonderburg-Glücksburg ist gestern vormittag 8 Uhr 20 Minuten vom hiesigen Anhalter Bahnhof nach Oberhof abgereist.

* Die Königin Wilhelmina der Niederlande gedenkt in nicht allzuferner Zeit längeren Aufenthalt im Taunus zu nehmen, um ihrem Gemahl Gesellschaft zu leisten. Gestern abend ist die Königin vom Haag nach dem Taunus abgereist. Sie beabsichtigt, am Montag zurückzukehren. Heute früh traf die Königin der Niederlande auf dem Hauptbahnhof in Frankfurt a. M. ein und begab sich sofort im Automobil nach Homburg. — Für den Prinzen Julian und ihre Gespielinnen ist im Taunus bereits Quartier gemietet.

** Seine Majestät der Kaiser besuchte am Freitag vormittag den Reichskanzler.

* Der Oberpräsident der Provinz Schlesien von Guenther, der Oberpräsident der Provinz Schleswig-Holstein von Bülow und der Oberpräsident der Provinz Westpreußen von Hengstenberg sind in Berlin eingetroffen und im Hotel Adlon abgestiegen.

* Der neue rumänische Gesandte in Konstantinopel Mano wurde gestern vom Sultan dort in feierlicher Audienz empfangen und überreichte sein Beglaubigungsschreiben. Die bei dem Empfang gewechselten Ansprachen hielten sich in den üblichen Formen.

* Der in Genehmigung seines Abschiedsgesuchs zur Disposition gestellte Generallieutnant Gotthard Nidisch von Rosenegk ist am 21. Januar 1853 geboren. Am 5. Februar 1871 beim Gardefüsilierregiment eingetreten, wurde er am 12. Februar 1872 Leutnant. Von 1879 bis 1881 war er Bataillonsadjutant, dann bis 1885 Regimentsadjutant, worauf er Adjutant der 2. Gardeinfanteriebrigade wurde. Am 26. Mai 1887 wurde er Hauptmann und Kompagniechef im Gardefüsilierregiment, und kam im folgenden Jahre in gleicher Stellung in das 1. Garderegiment z. F., in dem er im Jahre 1895 Major und im folgenden Jahre Bataillonskommandeur wurde. Im Herbst 1900 wurde er zum Kommandeur des Lehrbataillons ernannt und blieb, seit Juli 1901 als Oberstleutnant, in dieser Stellung, bis er 1903 Kommandeur der Hauptkadettenanstalt wurde. Am 22. Mai 1904 wurde er Oberst. Im März 1905 mit Führung der 5. Gardeinfanteriebrigade beauftragt, wurde er am 18. August desselben Jahres unter Beförderung zum Generalmajor endgültig zum Kommandeur dieser Brigade ernannt. Er blieb nur einen Monat in dieser Stellung, und wurde dann Kommandeur des Kadettenkorps. Im Februar 1911 wurde er mit der Führung der 17. Division beauftragt, die er am 21. April desselben Jahres endgültig übernahm.

* Am Donnerstag verstarb in Charlottenburg der Generallieutnant z. D. Paul Matthias, zuletzt Oberquartiermeister und Chef der Landesaufnahme. Am 30. Dezember 1856 in Danzig geboren, begann er seine Soldatenlaufbahn am 23. April 1874 als Leutnant im 7. Ostpreußischen Infanterieregiment Nr. 44. Nach Besuch der Kriegsakademie wurde er 1882 Regimentsadjutant, 1883 erhielt er sein erstes Kommando zum Generalstab, und zwar zur trigonometrischen Abteilung der Landesaufnahme. In dieser Stellung rückte er am 13. November 1883 zum Premierleutnant und am 17. April 1888 zum Hauptmann auf. 1895 wurde er Kompagniechef im 8. Ostpreußischen Infanterieregiment Nr. 45, am 14. September 1893 kam er als Major wieder zur Landesaufnahme. 1898 Bataillonskommandeur im Infanterieregiment von Borcke (4. Pommersches) Nr. 21 kam er im Jahre 1900, mit Wahrnehmung der Geschäfte eines Abteilungschefs beauftragt, in den Großen Generalstab und rückte am 18. April 1900 zum Oberstleutnant auf. 1902 wurde er Abteilungschef und Oberst. Am 14. November 1903 erhielt er das Kommando des Infanterieregiments von Stülpnagel (5. Brandenburgisches) Nr. 48, am 22. April 1905 kam er mit dem Rang als Brigadekommandeur als Abteilungschef wieder in den Großen Generalstab, wurde am 15. Juni Mitglied der Studienkommission der Kriegsakademie und am 22. Februar 1906 mit Wahrnehmung der Geschäfte des Chefs der Landesaufnahme beauftragt. Seit dem 13. September 1906 Generalmajor, erhielt er unterm 19. Februar 1908 die Ernennung zum Chef der Landesaufnahme und zwei Jahre später, am Geburtstage des Kaisers 1910, die Beförderung zum Generallieutnant. Am 2. Februar 1911 war er auf sein Abschiedsgesuch zur Disposition gestellt worden.

Deutsches Reich.

* In der Sitzung des **Bundesrats** am Donnerstag wurde über verschiedene Vorlagen, betreffend Festsetzung des jährlichen Durchschnittsentrages an Zuwachssteuer für entschädigungsberechtigte Gemeinden, Beschluß gefaßt. Die Vorlage, betreffend Vergütung der Branntweinsteuerverwaltungskosten, und die Vorlage, betreffend den Entwurf einer Eingänzung der Ausführungsbestimmungen zum Kaligesetz, gelangten zur Annahme.

** Unter den vielen **Unterstützungsgesuchen**, die an amerikanische Millionäre aus aller Herren Ländern gerichtet werden, befinden sich noch immer Briefe auch von reichsdeutschen Bittstellern. Damit diese Landsleute sich keine überflüssige Mühe machen, sei hier nochmals bestätigt, was bereits mehrfach in der Presse festgestellt wurde, daß nämlich solche von Ausländern eingehende Bittgesuche an reiche Amerikaner von deren Sekretären ohne weiteres vernichtet werden.

* Am 6. d. M. fanden **Landtagswahlen im Herzogtum Sachsen-Altenburg** statt. Sie brachten den einzelnen Parteien etwa den gleichen Besitzstand, wie früher. Nach den bis jetzt vorliegenden Meldungen wurden in den dritten Abteilungen durchweg Sozialdemokraten gewählt, mit Ausnahme des 7. ländlichen Wahlbezirks, wo der Kandidat des Bundes der Landwirte siegte. Die Ergebnisse aus dem dritten und vierten (ländlichen Wahlbezirk) stehen noch aus.

* Ueber **gewerbliche Genossenschaften** stellt der Syndikus der Cobleuzer Handwerkskammer, Gustav Köpper, in der „Deutschen Wacht" eine Betrachtung an. Es heißt darin: Am gewerblichen Rohstoff- und Magazingenossenschaften gibt es nach der letzten Statistik 691 mit einer Mitgliederzahl von 22 150. Der Erlös für den Verkauf aus Rohstoffen betrug 94,5 Millionen, eine gewiß beträchtliche Summe, die sich aber durch rege Agitation auf diesem Gebiete wesentlich steigern ließe. Neuerdings haben sich die Rohstoffgenossenschaften untereinander, nach Gewerben geordnet, zu größeren Verbänden zusammengeschlossen, von denen einige über Umsätze von Millionen verfügen. Wer da weiß, welche Bedeutung im modernen geschäftlichen Leben dem gemeinsamen Einkauf größerer Mengen direkt vom Fabrikanten oder vom Großhändler zukommt, wird die Wucht dieser Zahlen zu schätzen wissen. Der Umsatz der Magazingenossenschaften beläuft sich auf 26,3 Millionen. Die Magazingenossenschaft bildet zweifellos die schwierigste Art der gewerblichen Genossenschaften, da sie einen regen kaufmännisch geschulten Geist erfordert, der im Handwerk nicht immer zu finden ist. Die Vorteile, die sie bietet, sind in zahlreichen Berufen erheblich, da sie der im Handwerk unvermeidlichen Arbeitszeitzersplitterung in der Ausnutzung der Kräfte eine gewisse Regelmäßigkeit in der Gestaltung der Produktion entgegensetzt. Sie nimmt dem Handwerker die in der toten Zeit angefertigten Waren ab und bringt sie für gemeinsame Rechnung zum Verkauf. Die Vorteile einer derartigen Genossenschaft sind demnach zweifellos für zahlreiche Berufe ganz beträchtlich, und es bedarf wohl keiner Frage, daß die angestrebte kaufmännische Schulung des Handwerkerstandes eine günstige Entwicklung dieser Genossenschaften mit sich bringen muß. — Die Aufgabe der gewerblichen Produktivgenossenschaften besteht darin, in gemeinsamen Werkstätten Waren herzustellen und deren Verkauf für gemeinsame Rechnung zu bewerkstelligen. Betrachten wir diese Form unserer Genossenschaften genauer, so finden wir, daß sie im Grunde genommen nichts weiter sind als Fabriken, die für gemeinsame Rechnung betrieben werden. Der selbständige Handwerker tritt nur ungern einer derartigen Genossenschaft bei, da sie seine wertvollste Eigenschaft, die Selbständigkeit, in hohem Maße beeinträchtigen muß. Die Anzahl dieser Genossenschaften beträgt 416 mit einer Mitgliederzahl von 11 892 und einem Warenerlös von 13,2 Millionen. — Die Werkgenossenschaften haben eine Aufgabe, die auf den ersten Blick derjenigen der Produktivgenossenschaften ähnlich erscheint, aber doch wesentliche Unterschiede aufweist. Werkgenossenschaften sollen dem Handwerker die Möglichkeit bieten, die Vorteile der fabrikmäßigen Produktion unter Zuhilfenahme von Maschinen zu erlangen, ohne daß dabei die Selbständigkeit irgendwie aufgegeben zu werden braucht. Bei der Errichtung dieser Genossenschaften geht man von dem Gedanken aus, daß dem kleinen Handwerker die Ausnutzung von Maschinen nicht in dem Umfange möglich ist, wie Verzinsung und Amortisation der in ihnen angelegten Kapitalien dies erfordern. So schließt sich eine Anzahl von Handwerkern zu einer Werkgenossenschaft zusammen, beschafft gemeinsam die Maschinen und bearbeitet mit ihnen das Rohmaterial, soweit dies für die Fertigstellung der Waren in der eigenen Werkstatt notwendig oder vorteilhaft erscheint. Die Anzahl der Werkgenossenschaften beträgt 766, während die Summe der Mitglieder nicht genau zu ermitteln war.

Landesökonomiekollegium.

hg. Berlin, 6. Februar.

Nachdem der Landwirtschaftsminister gesprochen hatte, trat das Kollegium in die Tagesordnung ein. Es wurden Referate gehalten über die Entwicklung der Landwirtschaft in ihren einzelnen Betriebszweigen. Der Präsident des Statistischen Landesamts Evert-Berlin gab eine Schilderung der natürlichen und historischen Grundlagen der Landwirtschaft und zeigte, daß die ständige Abnahme des Bodenertrages immer noch paralysiert werde durch die Fortschritte der Technik. Infolgedessen sei die Furcht vor diesem Gesetz unbegründet. — Landtagsdag. Geh. Justizrat Dr. Rewoldt-Berlin gab einen Abriß von der Entwicklung der Agrarrechte und schloß mit